Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 — Freitag, den 6. Juni 1919 — Nummer 272 ✗ Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen 25% der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9765

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Proteststreik in Berlin.

Beschluß der Vollversammlung.

Wir erfahren bei Redaktionsschluß: In der heutigen Vollversammlung der A.- und S.-Räte Groß-Berlins wurde als Protest gegen das Todesurteil gegen Levinè der Generalstreik für Groß-Berlin mit allen gegen fünf Stimmen der Demokraten beschlossen. Die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben geht fort. Der Generalstreik beginnt heute Mittag und währt bis morgen abends 6 Uhr.

Von Demonstrationen wird abgesehen. Die Arbeiter werden aufgefordert, bei Eintritt der Dunkelheit die Straße zu meiden.

Das Todesurteil gegen Levinè.

Die Vollstreckung des Urteils.

Ueber die Vollstreckung des Urteils an Levinè, die gestern nachmittag ½2 Uhr vollzogen wurde, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Die Erschießung war bereits auf 12 Uhr angesetzt worden, wurde aber um 1¾ Stunden verzögert, um dem Verurteilten noch Gelegenheit zu einer Aussprache mit seiner Frau zu geben. Levinè war den ganzen Vormittag außerordentlich gefaßt. Um 1 Uhr 40 Minuten wurde er in den kleineren Hof des Stadelheimer Gefängnisses geführt, wo die kommandierten Mannschaften in zwei Reihen von je fünf Mann aufgestellt waren. Der Offizier des Kommandos las dem Verurteilten das Urteil sowie die Bestätigung der Verfügung des Gesamtministeriums und den Zeitpunkt der Hinrichtung vor. Levinè lehnte es ab, sich mit dem Gesicht gegen die Wand zu stellen und sich die Augen verbinden zu lassen. Als das Kommando zum Feuern ertönte, rief der Verurteilte: „Es lebe die Weltrevolution!" Die erste Salve gab ihm den Tod.

So zeigte Levinè auch in dem letzten Augenblick die Würde und die Standhaftigkeit eines revolutionären Kämpfers, die er während der ganzen Gerichtsverhandlung gezeigt hatte und die den Beweis lieferte, daß er sich nicht aus Feigheit dem Gericht nicht gestellt hatte.

Ernster Protest oder nur Beruhigungspulver?

In einem Leitartikel nimmt der „Vorwärts" gegen die Vollstreckung des Todesurteils entschieden Stellung. Unter Betonung der Tatsache, daß das sozialdemokratische Programm die Aufhebung der Todesstrafe fordert, erklärt er:

„Wir würden es bedauern und verurteilen, wenn sozialdemokratische Mitglieder der bayerischen Regierung diesen Programmpunkt vergessen hätten. Die Erschießung Levinès war kein Akt des Kampfes mehr und schloß sich auch nicht mehr unmittelbar einer Kampfhandlung an, sie war ein Akt der Justiz, die von barbarischen Flecken der Vergangenheit zu reinigen, eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie ist . . . Von Regierungen aber, in denen Sozialdemokraten sitzen, wünschen wir, daß sie in jeder Beziehung vorbildlich wirken, und daß sie unserem Volke den Weg zu einer höheren Menschlichkeit weisen sollen."

Da nach den Mehrheitsverhältnissen in der Bayrischen Regierung kein Zweifel daran sein kann, daß die rechtssozialistischen Mitglieder des Bayrischen Kabinetts zum mindesten in ihrer Mehrheit das Todesurteil gegen Levinè gebilligt haben, so haben sie gegen diesen von jedem Sozialdemokraten unbedingt zu beachtenden sozialdemokratischen Grundsatz verstoßen. Wenn es dem „Vorwärts" und der rechtssozialistischen Partei ernst ist mit dem Protest gegen die Vollstreckung des Todesurteils an Levinè, und gegen diese gewaltige Verletzung sozialdemokratischer Grundsätze, so darf man wohl mit Sicherheit erwarten, daß der in den nächsten Tagen bevorstehende Parteitag der Rechtssozialisten den Ausschluß dieser Personen vollziehen wird, die sich entgegen jeder sozialistischen Auffassung zu einer unerhörten Verletzung menschlicher und sozialistischer Grundsätze bereitgefunden haben.

Vor dem Generalstreik in München.

Die Vollstreckung des Todesurteils hat die Erregung in München aufs neue gewaltig gesteigert. Hatte schon die Verkündung des Urteils die Massen in Bewegung gebracht, so noch mehr die ungeheuerliche Tatsache, daß das sozialistische Ministerium das Todesurteil hat vollstrecken lassen. Dem „Berliner Tageblatt" wird aus München gemeldet, daß die Verkündung des Todesurteils die Absicht des Generalstreiks hervorgerufen habe. Weiter heißt es in der Drahtmeldung:

„Nach der heute erfolgten Vollstreckung des Urteils dürfte dieser Generalstreik mit um so größerer Wahrscheinlichkeit erwartet werden, als auch die Stimmung bei den großen Massen der Mehrheitssozialisten, geführt von deren Organ, der „Münchener Post", außerordentlich gereizt ist wegen dieser Vorgänge. Für die Besatzungstruppen ist erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet. Das Oberkommando Oben verkündet zwar, der militärische Schutz Münchens sei so stark, daß nichts zu befürchten sei, aber einen Generalstreik und seine neuen schweren Folgen wird auch das Militär nicht verhindern können. Das Organ der Unabhängigen, die „Neue Zeitung", wurde von der Stadtkommandantur heute unter Vorzensur gestellt im Einvernehmen mit dem Ministerrat und dem Staatskommissar für Südbayern. Darauf erklärte die „Neue Zeitung", daß sie vorerst ihr Erscheinen einstelle. Es scheint sich also eine neue schwere Krise vorzubereiten.

Unsere Mitteilung vor einigen Tagen, daß der Generalstreik in München ausgebrochen sei, war durch einen Fehler bei der telephonischen Uebermittlung entstanden. Auch unser Berichterstatter meldete nur die drohende Gefahr, die jetzt wie die vorstehende Meldung zeigt, außerordentlich akut ist.

Durch die Verhängung der Vorzensur über die „Neue Zeitung" hat die Regierung Hoffmann die ohnedies furchtbar gespannte Lage weiterhin verschärft, und den Militaristen in die Hände gearbeitet, die nur auf ein neues Blutbad lauern, um die Machtverhältnisse in Bayern auch nach außen hin zu verändern. Hoffentlich läßt sich die Münchener Arbeiterschaft nicht provozieren.

Ein neuer Hochverratsprozeß.

München, 6. Juni.

Wie die Morgenblätter melden, verurteilte das Standgericht die beiden Leiter des Weltrevolutionstribunals Gronauer und Mühlbauer zur gesetzlichen Mindeststrafe von 1 Jahr 3 Monaten Festung. Das Gericht erkannte an, daß sie mit größter Milde und Umsicht vorgegangen sind und eine Reihe von Blutopfern verhindert haben.

Meutereien in der französischen Armee?

Versailles, 5. Juni.

Seit einigen Tagen enthalten die sozialistischen französischen Blätter Andeutungen über Zwischenfälle in Toulouse. Auch haben sozialistische Deputierte die Absicht, über diese Zwischenfälle in der Kammer zu intervellieren. Es scheint, daß die dort stehenden Regimenter gemeutert haben.

In der heutigen „Humanité" sind von einem langen Artikel über diese Zwischenfälle nur der Titel und sieben Zeilen stehen geblieben, aus welchen ersichtlich ist, daß in den letzten vierzehn Tagen bei den Generalen verschiedene Klagen eingelaufen seien und daß ferner gestern vormittag die aus Toulouse eingetroffenen Deputierten Lebouce und Ellen Prevot in den Wandelgängen der Kammer über die Zwischenfälle von Toulouse befragt wurden und Auskunft geben mußten.

Protest der englischen Arbeiterpartei.

London, 5. Juni. (Reuter.)

Die parlamentarische Arbeiterpartei hat ein Manifest herausgegeben, worin sie erklärt, der Friedensvertrag sei von Grund aus fehlerhaft und auf Prinzipien begründet, die den Krieg veranlaßt hätten. Das Manifest sagt weiter, die Zahlung von 5 Milliarden Pfund durch Deutschland sei nicht zu weitgehend, dagegen protestiert es gegen die Abtretung des Saarbeckens an Frankreich und die Methode der Festsetzung der preußischen Grenze. Das Manifest verlangt nachträglich ein Verbot der privaten Herstellung neuer Waffen und die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.

Von den Vorbereitungen der Militärdiktatur.

Die Anzeichen mehren sich, daß bestimmten und wichtigen Kreisen die Zeit gekommen scheint, offen eine Militärdiktatur zu errichten. Die unglückselige, verblendete Politik der rechtssozialistischen Führer hat alles getan, um dieses Unglück, wie wir vorausgesagt haben, fast mit Notwendigkeit herbeizuführen. Alle Vorgänge der letzten Zeit lassen in ihrer Häufung die Absicht der Provokation deutlich erkennen und es wird der ganzen Besonnenheit der Arbeiterklasse bedürfen, um den ungeduldig Wartenden nicht die sehnlichst erwünschte Gelegenheit zu liefern.

Unterdessen benützen die militaristischen Kreise alle Mittel, um ihre Macht zu stärken und wieder bietet ihnen die Politik der Regierung selbst alle Unterstützung. Die Art, wie die Regierung die Friedensfrage behandelt, ist nur so geeignet, um die militärische Sammlungsaktion zu stärken. In welchem Sinne da gearbeitet wird, sagt folgendes Dokument:

Akademischer Heimatdienst
Berlin NW. 7 — Berlin, im Mai 1919.

Vertraulich! Eilt!!!

An alle studentischen Korporationen, Vereine und Vereinigungen an den deutschen Hochschulen.

Sehr geehrte Herren Kommilitonen!

Der auf der Hochschultagung vom 29. April von der Gesamtheit der vertretenen Studentenschaft und Senate eingesetzte Hauptausschuß des Akademischen Heimatdienstes gibt auf Grund von eingehenden zuverlässigen Informationen vom Reichswehrministerium, dem Reichswehrgruppenkommando I (Abteilung Lüttwitz) und maßgebenden Parlamentariern und Politikern aller Parteien Folgendes zur Kenntnis:

Die Reichsregierung beharrt auf dem Grundsatz, daß die Friedensbedingungen unannehmbar, weil unausführbar, sind und daß sie sich auf keinen Fall zur Unterschrift bereitfinden wird. Nur eine rein unabhängige Regierung, deren Zustandekommen angesichts der Geschlossenheit aller anderen Parteien nicht zu erwarten ist, würde ihre Unterschrift geben. Diese Anerkennung unseres Todesurteils würde nicht nur unseren wirtschaftlichen Ruin besiegeln, sondern auch den Bürgerkrieg in seiner schrecklichsten Form entfachen. Die Beseitigung der Reichswehr, eine der ersten Forderungen der Unabhängigen, würde uns den Bolschewismus mit allen seinen Folgen bringen. Die Ereignisse würden über den Leichnam der unabhängigen Regierung hinweg ihren Lauf nehmen.

Die Politik des „Unannehmbar" bedeutet nicht nur einen kurzfristigen Protest und einen Ruf zur Sammlung, sondern sie muß, vorausgesetzt, daß alle Kreise die Entschiedenheit der Protestbewegung durch Aufklärungsarbeit und Solidarität unterstützen, eine „Politik der Tat" ermöglichen.

Diese soll erreichen, Ruhe und Ordnung im Lande unbedingt aufrecht zu erhalten. Es ist mit Sicherheit mit einer Verschärfung der Blockade und einem Vormarsch Frankreichs und Englands in unseren westlichen Industriegebieten zu rechnen. Die durch die Lebensmittelnot herbeigeführten Putsche und die zur Erreichung der Diktatur des Proletariats inszenierten Massenstreiks müssen mit aller Macht unterdrückt werden. Die Deutschen der Ostmark sind in allen Parteien, bis zu den Unabhängigen, fest entschlossen, ihr Selbstbestimmungsrecht gegenüber der Raubpolitik der Polen, die nach Posenschem Rezept sich Westpreußen und das oberschlesische Industriegebiet durch Einfall vor Abschluß der Verhandlungen sichern wollen, mit ihrem Blute zu verteidigen.

Nur eine Regierung, der eine starke Wehrmacht zur Verfügung steht, kann diese Aufgaben der Sicherung erfüllen und so ein Blutvergießen im Innern und in der bedrohten Ostmark verhindern. Der augenblickliche Bestand der Reichswehr reicht nicht hin, diese neuen, vermehrten Aufgaben zu erfüllen. Der Ostschutz selbst muß verstärkt, die durch Verstärkung des Ostschutzes evakuierten Freiwilligen-Regimenter müssen voll aufgefüllt werden. Aus diesem Grunde ist eine Werbung von Freiwilligen in erhöhtem Maße unbedingt notwendig.

Die östlichen Hochschulen haben beschlossen, im Falle des polnischen Einfalls sofort zu schließen und sich in ihrer Gesamtheit zum Schutz der Heimat zur Verfügung zu stellen. Wenn nun auch im Westen die Entente, wie als beabsichtigt gemeldet wird, 50 Kilo

weiter über den Rhein dringt, müssen sich dieser Schließung der Randhochschulen sämtliche deutschen Hochschulen anschließen. Die Rückführung der Studierenden der westlichen Hochschulen für den Fall des Ententevormarsches wird gegenwärtig mit den militärischen Behörden zusammen vorbereitet.

Die gesamte Studentenschaft, die immer wieder betont hat, daß sie im Falle der Gefahr nicht abseits stehen wolle, muß sich Mann für Mann dem Heimat- und Ostschutz zur Verfügung stellen, wenn sie diese, vielleicht die letzte, Möglichkeit, Führer im Aufbau der Volksgemeinschaft zu sein, nicht für immer verwirken will.

Für diesen Fall, den wir im Einverständnis mit sämtlichen Reichsbehörden als gegeben erklären würden, wenn die Verhältnisse es erzwingen, ist es dringend notwendig, daß die Studierenden sofort sich der Reichswehr insgesamt zur Verfügung stellen. Damit dies im gegebenen Augenblick innerhalb weniger Stunden geschehen kann, müssen besondere Vorkehrungsmaßnahmen getroffen werden. Von uns sind ausführliche Richtlinien an die Ausschüsse und Arbeitsausschüsse für Akademischen Heimatdienst ergangen, die sich auf Grund der politischen Lage beziehen auf die immobile Bereitstellung der Studentenschaft und den Ausbau bereits vorhandener Zeitfreiwilligenformationen. Die genaue Feststellung aller derjenigen, die sich einsetzen wollen, macht sich schnellstens notwendig. Schlagfertigkeit muß gewährleistet sein. Wir bitten, sich auf den Konventen und Besprechungen mit diesen Fragen eingehend zu befassen, sich zur weiteren Information an die Ausschüsse zu wenden und diese durch tätige Mitarbeit in jeder Weise zu unterstützen. Die Generalkommandos werden auf Grund der an sie ergangenen Anweisungen auf alle Anregungen der Studentenschaft eingehen.

Wir bitten Sie, uns Zahl und Namen Ihrer bereits als Dauerfreiwillige eingetretenen Mitglieder und die Zahl der aktenmäßig eingetragenen Zeitfreiwilligen hierher mitzuteilen, und uns über Ihre prinzipielle Stellungnahme zu den oben angeführten Fragen und über das, was von Ihnen bisher für den Schutz der Heimat getan ist oder noch getan werden soll, schnellstens eingehend zu unterrichten.

Mit studentischem Gruß

Akademischer Heimatdienst.

Von der Reichsregierung ist wiederholt versichert worden, daß auch im Fall der Nichtunterzeichnung an einen gewaltsamen Widerstand nicht gedacht werde.

Es wäre auch Wahnsinn. Aber die Regierung hat auch hier die Leitung nicht mehr in der Hand. Die Dinge werden sich so entwickeln, wie wir sie geschildert haben. Das beweist auch dieses Dokument, das den Krieg gegen die Polen proklamiert und die gewaltsame Niederhaltung jeder oppositionellen Bewegung mit Hilfe der Militärdiktatur.

Es geht immer schneller dem Abgrund zu!

Die Friedensverhandlungen.

Eine Fülle von widersprechenden Nachrichten über den Stand der Friedensverhandlungen wird jetzt täglich verbreitet. Im allgemeinen melden englische und amerikanische Quellen, daß der Rat der Vier zu Zugeständnissen bereit sei; am weitesten wollen die Amerikaner gehen, während die Franzosen nur zu geringem Entgegenkommen bereit wären. Wie weit solche Nachrichten zutreffen, läßt sich schwer beurteilen; man wird gut tun, keine großen Erwartungen zu hegen und sich darüber klar zu sein, daß es erst einer weiteren Erstarkung der so verheißungsvoll einsetzenden Arbeiterbewegung in den Ententestaaten bedarf, um den Gewaltfrieden zu modifizieren.

Die angeblichen Zugeständnisse.

Rotterdam, 5. Juni.

Der Pariser Berichterstatter der „Daily News" meldet, man könne mit gutem Grund annehmen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Schadenvergütung radikal abgeändert werden. Es bestehe viel Aussicht, daß man in Oberschlesien eine Volksabstimmung gutheißen werde, und auch für das Saartal werde eine andere Regelung getroffen werden, als die bisher geplante.

Die Mehrzahl der Alliierten scheine nicht dafür zu sein, daß Deutschland zugleich mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages Mitglied des Völkerbundes werde, wahrscheinlich werde man jedoch Deutschland die Versicherung geben, daß es bald in den Völkerbund aufgenommen wird, vielleicht bei Gelegenheit der ersten Versammlung des Bundes im Oktober in Washington. Die Frage der Besetzung deutschen Gebietes werde genau von einer Kommission untersucht, die vom Rat der Vier hierfür ernannt worden ist, und erscheine wenig zweifelhaft, daß die Kommission den Rat erlassen und der Rat der Vier ihn gutheißen werde, nämlich, daß die Körperschaft, die das besetzte Gebiet kontrolliere, eine bürgerliche und keine militärische Körperschaft sei. Die Engländer gingen, was die Abänderung des Vertrages betreffe, wahrscheinlich weiter als irgend eine andere Nation. Es sei jedoch keine Rede davon, daß die Amerikaner sie dabei unterstützten.

Eine Erklärung Lloyd Georges.

London, 5. Juni. (Reuter.)

Im Unterhaus hat mit bezug auf die in Umlauf befindlichen Gerüchte Lloyd George die Ermächtigung gegeben, die Meldung zu dementieren, daß er irgend einen Gedankenaustausch mit Ramsay Macdonald und Arthur Henderson gehabt habe oder daß irgend ein Druck von Personen von politischem und finanziellem Einfluß ausgeübt worden sei, die Bedingungen des Friedensvertrages in einem für Deutschland günstigen Sinne abzuändern.

Französische Unnachgiebigkeit.

Versailles, 5. Juni.

In ihren Artikeln und Kommentaren schlägt die nationalistische Presse einen sehr scharfen Ton an, wahrscheinlich um Clemenceaus Haltung zu unterstützen.

So erklärt „Figaro", man müsse Deutschland unverzüglich zwingen, sich zu entscheiden, ob es unterzeichnen wolle oder nicht. Weigere es sich, so müßten die Sieger eben sofort die vorbereiteten Maßnahmen durchführen.

„Action Française" gibt unumwunden zu, daß Brockdorffs Stellung sich gebessert habe. Brockdorff könne mühelos bemerken, daß die Pariser Konferenz wieder in ihre alten Fehler verfalle und Schwäche und Zögern zeige. Brockdorff könne, da seine Vorschläge nicht gänzlich verworfen wurden, hoffen, daß sie zur Grundlage einer Erörterung werden. Er wisse auch ganz genau, welche verschiedenen Einflüsse am Werke seien, um den Frieden in einem für Deutschland günstigen Sinne zu gestalten. Er wisse, daß Lloyd George den englischen Liberalen und Arbeitern nachgeben mußte. Er wisse, daß der amerikanische Senat die Abmachungen über die Gesellschaft der Nationen nicht im Friedensvertrag belassen wolle. Das seien neue Schwierigkeiten und neue Verzögerungen, an welchen Wilson durch seine Irrtümer Schuld sei. Brockdorff verfolge auch die Fortschritte der politischen Agitation in Frankreich und England. Die Alliierten hätten den Frieden nicht diktiert, als Deutschland in Revolution gewesen sei. Wenn sie jetzt, eigenen inneren Schwierigkeiten gegenüberstehend, mit Brockdorff verhandeln wollen, dann seien die Rollen vertauscht. Das sei eine unerhoffte glänzende Gelegenheit für die deutsche Politik.

Die Loslösungsbestrebungen.

Eine Note an die Alliierten.

Die deutsche Friedensdelegation hat an die Alliierten eine gegen die Loslösung der Rheinlande und der Pfalz gerichtete Note gerichtet, die sich inhaltlich mit dem Roten Erzbergers an den General Nudant deckt. Der Schluß lautet:

Hiernach richtet die deutsche Friedensdelegation an die alliierten und assoziierten Regierungen das nachdrückliche Ersuchen, die im vorstehenden gekennzeichneten Vorgänge alsbald aufzuklären und dafür Sorge tragen zu wollen, daß die militärischen Behörden der Okkupationsmächte im Rheingebiet unverzüglich und mit allem Ernste auf das Gefährliche ihres mißleiteten politischen Eifers hingewiesen und angehalten werden, einerseits jede Förderung der Loslösungsbestrebungen zu unterlassen, andererseits von deutschen Behörden bei der pflichtmäßigen Bekämpfung dieser Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Der Proteststreik der Werkstättenarbeiter in Ried.

Die gesamte Eisenbahnarbeiter- und Beamtenschaft der Eisenbahn-Hauptwerkstätte Ried a. M. trat am Mittwoch, den 3. Juni d. J., in einen 24stündigen Proteststreik als Demonstration gegen die geplante Loslösung der Rheinlande von Deutschland ein. In einer Versammlung wurde eine Resolution gefaßt, worin es heißt:

„Die Versammelten erblicken in derartigen Bestrebungen eine Infamie schlimmster Art und bezeichnen die treibenden Kräfte als Verräter am deutschen Volke. Die Namen dieser „Patrioten" müssen der allgemeinen Verachtung preisgegeben werden. Wir fühlen uns als internationale Sozialisten und wissen, daß nur die soziale Weltrevolution die Menschheit aus den Klauen des ausbeuterischen Kapitalismus befreien kann."

Die französische Besatzungsbehörde droht mit Gegenmaßregeln und führte sie zum Teil auch aus. In einer Besprechung mit dem französischen Kommandanten, erklärte dieser, daß er kein Interesse an der rheinischen Republik habe, auch kein Interesse an Deutschland, er habe aber ein großes Interesse daran, daß in der Eisenbahnwerkstätte Ried gearbeitet werde, denn er brauche Lokomotiven.

Beerfelde verhaftet.

Herr v. Beerfelde ist gestern abend verhaftet worden. Ueber die näheren Umstände wird uns mitgeteilt:

Um ½12 Uhr nachts erschien in einem Restaurant in der Kleiststraße ein Leutnant mit eingeklemmtem Monocle in Begleitung einiger Kriminalisten und erklärten Beerfelde für verhaftet. Auf die Frage Beerfeldes nach dem Grunde der Verhaftung wurde ihm die Antwort verweigert. Ein kleines Paket mit Broschüren, das Beerfelde mir übergeben hatte, wurde mir aus der Hand genommen.

Ueber die wahrscheinlicher Gründe der Verhaftung erfahren wir noch:

Am 1. Juni wurde dem Genossen Beerfelde eine Vorladung wegen Aufreizung zum Klassenhaß zum 25. Mai in der Wohnung in seiner Abwesenheit zugestellt. Seine Rechtsanwälte Haase und Boehnheim haben sofort den Behörden den Tatbestand mitgeteilt und den Wohnsitz Beerfeldes angegeben, damit er dort vor Gericht vernommen werden könne. Damit wurde, bei dem allgemein bekannten Charakter Beerfeldes, selbstverständlich die Annahme, daß er sich dem Gericht entziehen wollte, vollkommen widerlegt.

Trotzdem hat man Beerfelde verhaftet! Ja, ja, es gibt doch noch Gerechtigkeit — für Offiziere, allerdings nur für revolutionäre!

Die Niederlage der Tschechen.

Die Ungarische Räterepublik hat gegenüber den Tschechen einen großen militärischen Erfolg zu verzeichnen. Der tschechische Vormarsch gegen Budapest hat sich in eine schwere Niederlage verwandelt. Ein Teil der Slowakei ist bereits wieder in den Händen der Ungarn und die wichtigen Städte Preßburg und Komorn sollen bereits von den Tschechen geräumt werden.

Die Niederlage ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Slowaken nicht kämpfen wollen und scharenweise zu den Ungarn übergehen. Auf der anderen Seite ist die ungarische Armee, zum Teil durch Einstellung zahlreicher früherer aktiver Offiziere, reorganisiert und kampffähiger geworden.

In Prag hat die Niederlage große Bestürzung hervorgerufen, da auch revolutionäre innerpolitische Folgen sich geltend machen können.

Erfolge der Sowjet-Truppen.

(Drahtbericht der „Freiheit".)

Stockholm, 5. Juni.

„Aftons Dagblad" meldet aus Moskau: Koltschak ist geschlagen. Nicht nur im Süden, auch im Zentrum hat er eine erdrückende Niederlage erlitten. Er flüchtet nach Ufa und ist seinem Sturze nahe. Die Sowjettruppen haben 40 000 Mann gefangen, 100 Geschütze, große Mengen Munition und Lebensmittel erbeutet. Die nördliche Front Koltschaks wackelt. Die Aufstände gegen die Sowjets in der Ukraine sind unterdrückt. Die Befreiung Besarabiens geht fort. Das Vorrücken der Esten und Finnen gegen Petrograd wird zurückgehalten, die feindlichen Truppen ziehen sich nach Jamburg zurück. Die englische Flotte versuchte vergebens die Einfahrt nach Petersburg zu forzieren. Petersburg wird von einer sehr gut ausgerüsteten Armee verteidigt.

Die Lebensmittelverhältnisse haben sich gebessert, die Kommunikationen sind befriedigend, die Lage der Industrie wird täglich besser. Die Gefahr der Revolution hat das Volk geeinigt, die Erbitterung gegen die Alliierten, auch gegen Wilson und Amerika, ist sehr groß. Die Räteregierung ist stärker als je.

Die „Demokraten" gegen die Demokratie.

Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung haben am Donnerstag die Demokraten in zwei außerordentlich wichtigen Fragen die Maske fallen lassen und gezeigt, daß sie gar nicht daran denken, sich für eine wirkliche Demokratie einzusetzen. So stimmten sie gegen einen Zusatzantrag der Rechtssozialisten, der verlangt, daß die Wahlen in den Gemeinden nach den gleichen Grundsätzen stattfinden müssen, wie im Reich und in den Bundesstaaten. Der Antrag wäre auch abgelehnt worden, wenn nicht ein Vertreter des Zentrums sich für ihn erklärt hätte und infolgedessen zwei der Demokraten sich entschlossen, noch für den Antrag zu stimmen. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten, die direkte Verhältniswahl auch auf die Vertretungen der Kommunalverbände auszudehnen, wurde abgelehnt. Der zweite große Angriff der Demokraten gegen die Volksrechte erfolgte bei dem Artikel, der die Legislaturperiode des Reichstags auf drei Jahre festsetzt. Hier beantragten die Demokraten die fünfjährige Legislaturperiode. Sie ließen sich trotz aller sozialdemokratischen Reden von ihrem Standpunkte nicht abbringen. Der demokratische Antrag auf Einführung der fünfjährigen Legislaturperiode fiel mit 14 gegen 14 Stimmen. Sämtliche demokratischen Vertreter stimmten für die fünf Jahre. Da die Sozialdemokraten 11 Mitglieder und die Unabhängigen 1 Mitglied haben, war es nur möglich, die 14 Stimmen gegen die Demokraten dadurch aufzubringen, daß zwei Mitglieder der Rechten gegen die Verlängerung der Legislaturperiode stimmten. Auch das gesamte Zentrum stimmte für die fünf Jahre.

So sieht in Wirklichkeit die Liebe der Demokraten für die Demokratie aus! Und mit Hilfe dieser Leute wollen die Rechtssozialisten die Errungenschaften der Revolution sichern, denen gerade von diesen Leuten die allergrößte Gefahr droht.

Die Bedrohung des Streikrechts.

Ein offiziöses Dementi erklärt zu dem von uns veröffentlichten Gesetzentwurf gegen das Streikrecht, es handle sich zunächst nur um einen Referentenentwurf, der zurzeit der Erörterung im preußischen Ministerium unterliege. Wesentliche Teile des veröffentlichten Entwurfs seien aber bereits fallen gelassen worden. Die Reichsregierung habe sich mit der Frage noch gar nicht befaßt.

Es wird also zugegeben, daß sich das preußische Ministerium mit solchen Plänen tatsächlich befaßt und nur versprochen, es werde nicht so arg werden. Wozu wir bemerken, daß wohl die ganze Arbeiterklasse ohne Unterschied jede Einschränkung des Streikrechts innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft als unerhörtes Attentat zurückweisen würde. Es muß übrigens die Frage aufgeworfen werden, mit welchem Recht sich denn überhaupt die preußische Regierung mit Dingen befaßt, die allein Reichssache sind? Es scheint, die Vorstellung, daß das Reich nach wie vor von Preußen beherrscht werden soll, spukt den einzelnen Regierungsleuten noch immer herum.

Daß das Reichswirtschaftsministerium seinerseits auch Beschränkungen des Streikrechts plane, haben wir schon neulich bekanntgegeben und das wird jetzt auch von Herrn Wissell bestätigt. Herr Wissell knüpft daran allerdings die Vorbedingung, daß vorher seine übrigen Wirtschaftspläne akzeptiert werden müßten. Da auch diese Pläne keine sozialistische Neuordnung der Wirtschaft bedeuten, erblicken wir auch in seinem Entwurf über den „Arbeitsfrieden" eine unannehmbare Einschränkung des Koalitionsrechtes und lehnen sie rundweg ab.

Ledebour vor den Geschworenen.

Zweieinhalb Wochen bereits währt der Kampf vor den Geschworenen. Nervenaufreizend, alle Kräfte anspannend und verzehrend, doch frisch, voller Energie und angriffsbereit wie am ersten Tage, ficht der 70jährige durch monatelange Untersuchungshaft geschwächte Genosse Ledebour um sein Recht.

Ganz unwillkürlich drängt sich einem ein anderes Bild auf. Ein gleicher Gerichtssaal. Vor wenigen Wochen, auf der Anklagebank blinkende Uniformen, klirrende Orden, monoclebewehrte Gesichter. Ein Mordprozeß! Doch nichts von dem tiefen Ernste von Menschen, die mit aller Kraft für ihr Recht, für ihr Leben, streiten. Höhnisch grinsende Gesichtszüge, ein mokantes Wesen ganz offen zur Schau tragend, den Zuhörern zuwinkend, unbesorgt um den Prozeß. Was ging sie der auch an? Sie hatten ja Freunde und Kameraden auf der Richterbank und wußten das Urteil vorher. Und sollte doch etwas schief gehen, so hatten sie für alle Fälle ihren falschen Paß bereits in der Tasche.

Wie anders Ledebour! Er steht vor Richtern und Geschworenen, die seine erbitterten politischen Gegner sind. Er muß wirklich für sein Recht kämpfen. Und durchdrungen von der Lauterkeit seiner Gesinnung, überzeugt von seiner Unschuld, führt er seine Sache und will, daß ihm Gerechtigkeit zuteil werde, nur Gerechtigkeit.

Die vornehme Gesinnung des Staatsanwalts Zunsbroich, mit der er durch falsche Angaben die Stimmung zuungunsten des Angeklagten zu beeinflussen suchte, bewies bei Beginn der heutigen Verhandlung wieder eine Erklärung des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld. Staatsanwalt Zunsbroich hatte nämlich, um die Unglaubwürdigkeit der Entlastungszeugin Steinrink darzulegen, großmütig behauptet, sie liebe unter der Anklage des Mordes. Demgegenüber erklärte heute Rechtsanwalt Rosenfeld, daß bereits am 29. April gegen Frau Steinrink die Anklage wegen Mordes fallen gelassen sei. Der Staatsanwalt versuchte sich mit leeren Redensarten herauszureden, konnte aber die Tatsache, daß er falsche Angaben gemacht hatte, natürlich nicht leugnen. Als die Sache für ihn kritisch zu werden begann, kam ihm das Gericht zu Hilfe, indem es die weitere Debatte über diesen Punkt durch Gerichtsbeschluß ablehnte.

Die nächste Stunde wurde durch die weitere Vernehmung des Zeugen Thiessenhausen ausgefüllt, dieses Zeugen, der Ledebour ins Zuchthaus bringen soll. Wie schon bei den früheren Vernehmungen, so wiesen auch heute wieder Angeklagter und Verteidiger treffend nach, wie dieser Zeuge sich stets selber widerspricht. So hatte er neulich unter seinem Eide ausgesagt, er habe Ledebour und Dit-

Nacht gemeinsam im Lichthofe des Polizeipräsidiums Waffen austeilen sehen. Heute erklärt er plötzlich, es sei möglich, daß diese beiden sich überhaupt nicht gesehen hätten.

Die Schreckensherrschaft in München.

Die Ermordung Landauers.

Unser Münchener Parteiblatt, die „Neue Zeitung", veröffentlicht mehrere Berichte von Augenzeugen über die Erschießung völlig unschuldiger Personen durch die Weißen Garden. Ueber die Erschießung Landauers berichtet das Blatt:

Es war am 2. Mai. Ich stand noch als Wache vor dem rohen Tor zum Stadelheimer Gefängnis. Gegen 1¼ Uhr. Unter Schreien: „Der Landauer, der Landauer!" brachte ein Trupp bayerischer und württembergischer Soldaten Gustav Landauer. Auf dem Gang vor dem Aufnahmezimmer versetzte ein Offizier — es soll Leutnant Geißler gewesen sein — dem Gefangenen einen Schlag ins Gesicht. Die Soldaten riefen inzwischen: „Der Hetzer, der muß weg. Derschlagts ihn!" Landauer wurde dann mit Gewehrkolben an der Küche vorbei in den ersten Hof rechts hinausgestoßen. Landauer sagte zu den Soldaten: „Ich bin kein Hetzer, Ihr wißt selbst nicht, wie verhetzt Ihr seid!" Im Hofe begegnete der Gruppe ein Major in Zivil, der mit einer schlegelartigen Keule auf Landauer einschlug. Unter Kolbenschlägen und den Schlägen des Majors sank Landauer zusammen. Er stand jedoch wieder auf und wollte zu reden anfangen. Da rief ein Vizewachtmeister: „Geht mal weg!" Unter Lachen und freudiger Zustimmung der Begleitmannschaften gab der Vizewachtmeister zwei Schüsse ab, von denen einer Landauer in den Kopf traf. Landauer atmete immer noch. Da sagte der Vizewachtmeister: „Das Aas hat zwei Leben, der kann nicht kaputt gehen!"

Ein Sergeant vom Leibregiment, der sich noch immer in Stadelheim befindet, rief: „Ziehn wir ihm doch den Mantel runter", und wollte auf den Ring hin, den Landauer am Finger trug. Ich sagte dem Sergeanten, er möge Landauer den Ring lassen. Der Mantel wurde ihm jedoch von dem Sergeanten ausgezogen.

Da Landauer noch immer lebte, legte man ihn auf den Bauch. Unter dem Ruf: „Geht zurück, dann lassen wir ihm noch eine durch!" schoß der Vizewachtmeister Landauer in den Rücken, daß es ihm das Herz herausriß und er vom Boden wegschmellte. Da Landauer immer noch zuckte, trat ihn der Vizewachtmeister mit Füßen zu Tode. Dann wurde ihm alles heruntergerissen und seine Leiche zwei Tage lang ins Waschhaus geworfen.

Stadelheim.

Grauenhaft ist es auch in der Strafanstalt Stadelheim ergangen. Ueber die dort verübten Verbrechen liegt ein Bericht des Herrn William Crectody vor, Inhaber der engl.-amerik. Firma Brenford u. Co., Freund des Grafen Arco-Valley, der nach der Ermordung Eisners nach Stadelheim in Schutzhaft kam. Herr Crectody erzählt:

Zwölf Mann, die erschossen wurden, hatten keine Ahnung, daß sie erschossen werden. Sie wurden zwei und drei geführt mit Hände hoch! Nun standen sie vor der Kirche, sechs Mann. Eine Salve krachte. Weg waren sie. Nochmals zwei Mann. Weg! Zwei Mann lachten: Was werden sie mit uns machen? Ich rechne auf 5 Jahre. Dann gingen sie durch die Kirchenmauer, da sahen sie die bereits Erschossenen und fingen zu weinen an. Da krachten die tödlichen Schüsse. Sobald sich ein Gefangener am Fenster zeigte, schossen Leute einfach hinauf zum Fenster, damit niemand zusehen sollte! So geschahen etwa 30 Erschießungen. Ahnungslos. — Also ermordet! Ich war Augenzeuge!

Dann kamen zwei Frauen — dies war am Sonntag, den 4. Mai, abends halb 8 Uhr. (Zur Vorgeschichte: Auf der Straße hatte man einige Männer auf Denunziation hin niedergeknallt, ohne irgendwelche Erklärungen abzuwarten. Die zwei Frauen stürzten sich auf die Leichen und weinten bitterlich und schrien: „Du armer Liebster! Lieber! Lieber!" Trostlos erschüttert. Da schrie ein Soldat: „Pack diese Weiber, die gehören auch dazu!" So kamen sie also nach Stadelheim.) Mit offenen weißen Haaren, ein Kapuziner ging betend voraus, die Frauen hinterdrein, wurden sie in den Hofraum geführt und erschossen. Mit den Worten: „Jesu" auf den Lippen starben sie unter der Salve. Der Kapuziner stellte noch die Soldaten zur Rede: Sie sollten sich schämen, Weiber zu ehrbaren Frauen zu jagen. Da lachten die Soldaten. Die Leichen wurden entkleidet, zumeist gegen die Soldaten die Stiefel der Erschossenen an. Den Toten wurden die Ringe abgezogen, Uhren gestohlen und von den Soldaten eingesteckt. Ein Aufseher sagte: Schau nur, wie sie noch grinsen! Mit teuflisch-grinsendem Gesicht. Diese Ereignisse stellen den Geiselmord im Luitpoldgymnasium völlig in den Schatten.

Fünfzig Soldaten waren in dem Keller zusammengepfercht fünf Tage lang, bekamen täglich nur einen Liter Wasser pro Mann. Später je zwei Mann eine Schüssel Suppe täglich. Ein 18jähriger Junge mußte zuschauen bei einer Erschießung von Spartakisten, weil er mit eingeliefert worden war. Als er weinte, stieß man ihn mit Gewehrkolben in die Rippen und schleppte ihn fort. Es waren bayerische Truppen. Am 4. Mai waren die letzten Frauen, von denen vorhin die Rede war, von Soldaten begleitet. Es lagen schon 30–50 Leichen im Hof. Andere Soldaten (Notgardisten) waren mit im Hof. Einige hatten große Angst und wollten anscheinend gehen, um ein schlechtes Ziel zu haben, denn diese wußten, daß sie erschossen würden (im Gegensatz zum 1. Mai). Da sprang ein Feldwebel mit erhobener Pistole hinzu und schrie: „Wollt ihr die Hände hoch nehmen, ihr Hunde, Hopp!" Da krachten die Schüsse und alle fielen tot um.

Die Streikbewegung in England.

Amsterdam, 4. Juni.

Im Vordergrunde der englischen Presse steht die Polizeibeamtenbewegung, die ganz England umfaßt. Bei einer Massenversammlung in London am Sonntag wurde das Ergebnis der Abstimmung mitgeteilt, das 44 000 für den Streik und 4000 dagegen ergeben hat. Verlangt wird die Anerkennung der Police Union, die von der Regierung als disziplingefährdend auf das hartnäckigste verweigert wird. Da die Durchführung des Streiks Anwendung von Waffengewalt bedingen wird, wurde der Streik verschoben, bis sich der Arbeiterdreiverband, der die ganze Arbeiterschaft Englands repräsentiert, am 24. Juni für den Generalstreik zur Bekämpfung des englischen Militarismus entscheidet, um ein gemeinsames erfolgreiches Vorgehen zu sichern.

Proteste der Arbeiter.

Das Urteil gegen den Kommunistenführer Eugen Leviné hat die Berliner Arbeiterschaft in ungeheure Aufregung versetzt. Alle größeren Betriebe sind sofort zusammengetreten, haben sich mit dem Urteil befaßt und scharfe Protestresolutionen angenommen, in denen auch zugleich gegen das Treiben der Militärkamarilla in Berlin, die den Mördern der Revolutionäre — Vogel, Marloh — zur Flucht verholfen hat, Front gemacht wird. Ein Teil dieser Resolutionen ist beschlossen worden, als das Urteil noch nicht vollstreckt war, und zwar, soweit uns derartige Beschlüsse vorliegen: von der Arbeiterschaft der Daimler-Motorenwerke in Marienfelde, von der Arbeiterschaft des Samsonwerkes, von der Betriebsversammlung der Firma Miz und Genest in Schöneberg, von den Arbeitern und Angestellten der Firmen Dr. Paul Meyer und Piechatzek. Die Arbeiterschaft der beiden letztgenannten Firmen protestiert zugleich gegen die Komödie, die im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß gespielt worden ist, sowie gegen das Koniger Schreckensurteil. Außerdem wird die sofortige Haftentlassung Ledebours gefordert. Die Hand- und Kupferarbeiter der Firma Messingwerk, Reinickendorf, haben gleichfalls eine scharfe Protestresolution angenommen. Ebenso die Arbeiter und Angestellten der Firma Schütte-Lanzin Zeesen, und der Firma Orenstein und Koppel in Nowawes. Die Arbeiterschaft der Firma Benz protestiert gleichfalls gegen das Urteil. Die Vertrauensleute der Staats- und Gemeindearbeiter der Stadt Charlottenburg, die etwa 2500 Arbeiter vertreten, erheben gleichfalls Protest. All diese Beschlüsse sind gefaßt worden, als das Urteil noch nicht vollstreckt war. Die Arbeiterschaft dieser Betriebe nahm an, daß die Regierung Hoffmann sich scheuen würde, das Urteil zu vollziehen. Inzwischen haben sie erfahren, daß die Schande zur Tatsache geworden ist.

Ferner protestieren: C. Flohr, Berlin, Knorr-Bremse, Lichtenberg, Merkur Flugzeugbau G. m. b. H., Berlin. Die Arbeiterschaft der letztgenannten Firma trat in einen 24stündigen Proteststreik ein.

Die Funktionäre des gesamten Siemenskonzerns haben angesichts des vollstreckten Urteils beschlossen, am Sonnabend in einen 24stündigen Proteststreik einzutreten. Um der Noskegarde nicht die Gelegenheit zu einem fröhlichen Kriegsspiel zu geben, ermahnen die Funktionäre die Arbeiterschaft, während des Proteststreiks nicht auf die Straße zu gehen, insbesondere keine Umzüge zu veranstalten. Am heutigen Tage sind bereits 800 Arbeiter und Angestellte der Anhaltischen Maschinenfabrik in einen eintägigen Proteststreik wegen des Urteils an Leviné eingetreten.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Akkumulatorenfabrik A.-G. (Werk Oberschöneweide) schließen sich der Protestresolution des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins an. Die U. S. P., Fraktion der sozialistischen Lehrer, erhebt schärfsten Protest gegen die Hinrichtung des revolutionären Arbeiterführers Leviné. Sie sprechen dem Genossen Leviné ihre Hochachtung aus und hoffen auf die Stunde, in der solcher Verrat am Sozialismus für immer unmöglich gemacht werden wird.

Die Arbeiter und Angestellten der Firma Afro, Auto-Reparatur-Werkstatt, Siegfrid, haben beschlossen, gegen die Erschießung des Genossen Leviné durch einen eintägigen Streik zu protestieren.

Auch die Arbeiterschaft der Firma Fritz Werner, Werk Lühowstraße, Anhänger der drei sozialistischen Parteien, protestiert gegen das vollstreckte Bluturteil und tritt in einen 24stündigen Proteststreik.

Die Arbeiterschaft der Firma Miz u. Genest (1600 Mann) ist als Protest gegen die Ermordung Levinés in einen 24stündigen Proteststreik eingetreten.

Der Redaktionsschluß wird uns noch mitgeteilt, daß die gesamte Arbeiterschaft des Siemenskonzerns soeben in den Proteststreik eingetreten ist. Auch die Arbeiter der Firma Keyling u. Thomas haben im Proteststreik. Desgleichen streiken die Arbeiter der Firma Schuchardt u. Co., Telephonapparate, Rungestraße.

Proteststreik gegen den Belagerungszustand.

Düsseldorf, 5. Juni.

Als Protest gegen den gestern über Duisburg verhängten Belagerungszustand sind heute mittag die Arbeiter einer Reihe von Werken in den Ausstand getreten, denen sich nachmittags die gesamten Straßenbahner anschlossen. In einer nachmittags abgehaltenen Versammlung verschiedener Gewerkschaften wurde beschlossen, so lange im Streik zu verbleiben, bis der Belagerungszustand aufgehoben ist, sodaß mit einer weiteren Ausdehnung des Streiks zu rechnen ist.

Die Reaktion in Württemberg.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Am Dienstag begann vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß gegen die Genossen Hörnle, Rück, Müngenberg, Janus, Bartel, Kummerow, Scheiner und Schnepf wegen Aufruhrs, den die Angeklagten als Rädelsführer dadurch begangen haben sollen, daß sie am 9. Januar 1919 mit einer demonstrierenden Menge vor verschiedene Ministerien und das Rathaus zogen und dort bestimmte revolutionäre Forderungen vortrugen.

Als gehorsamer Handlanger der Gegenrevolutionäre hatte der sozialistische Ministerpräsident Blos die Genossen kurz nach den Vorgängen in Haft nehmen lassen. Da die Vorgänge selbst keine Unterlage für die Verhaftung boten, so wurde sie damit begründet, daß die Genossen für später Gewalttaten gegen die Regierung geplant hätten. Die Behauptung war erwiesenermaßen unwahr. Um die lange Haft irgendwie zu rechtfertigen, hat die Regierung sich deshalb gezwungen gesehen, nunmehr zu der merkwürdigen Konstruktion eines Aufruhrs, begangen durch eine ohne jede Gewalttat verlaufende Demonstration, zu greifen. Und um die Schwäche der Anklage weiter zu verbergen, hat sie es fertig gebracht, die Genossen der Rädelsführerschaft zu beschuldigen, weil ihr dadurch die Möglichkeit gegeben wurde, die Sache vor das Schwurgericht zu bringen, bei dem sie für ihre Anklage immer noch einige Chancen mehr zu haben hofft, wie sie sie selbst vor einem geheiten Richterkollegium hätte.

Die ganze Anklage ist ein deprimierendes Bild politischer Verlotterung.

Und was geht sonst noch in Württemberg vor? Am 23. und 25. Mai sind aus Oberndorf in Württemberg (Mauser) 10 Waggon fertiger Gewehre beschleunigt unter Verheimlichung des Bestimmungsortes abgeschickt worden. Ebenso hat die Mausersche Fabrik in Oberndorf einen großen Posten Pistolen zur schleunigen Herstellung in Auftrag genommen. Ferner hat die Uhrenfabrik Junghans in Schramberg die Uhrenfabrikation neuerdings eingestellt, sie betreibt statt dessen die Herstellung kupferner Granatringe. In Friedrichshafen sind alle Vorbereitungen getroffen, um jeden Augenblick die militärische Tätigkeit im vollen Umfange wieder aufnehmen zu können.

Nach hiesigen zuverlässigen Meldungen stehen in München und Umgebung 70 000 Mann Regierungstruppen.

Gewerkschaftliches.

Die Angestellten und der Gesetzentwurf über die Betriebsräte.

Zwei große Protestversammlungen hatte der Bund der technischen Beamten am Mittwoch abend einberufen, um zu den Plänen der Regierung betr. die Betriebsräte Stellung zu nehmen.

Im Lehrervereinshaus sprach als erster Redner Kaufmann über die neue Einheitsorganisation. Der 27. Mai wird eine Rolle spielen in der Geschichte der Angestelltenbewegung. Insbesondere wandte sich der Redner gegen die neuen Zersplitterungsbestrebungen, die vom Verband Deutscher Handlungsgehilfen ausgehen.

Darauf sprach Aufhäuser über die Schaffung von Betriebsräten und beleuchtete dabei die Beratungen der Kommission, die, aus Unternehmer- und Arbeitervertretern zusammengesetzt, im Reichsarbeitsamt tagte. Der Referent weist eingangs seiner Ausführungen auf die Notwendigkeit hin, neue Wege zu gehen. Die vielen Versprechungen der Regierung anläßlich der letzten großen Streiks sind nicht eingelöst. Wir erklärten schon damals, daß wir den Versprechungen der Regierung kein allzu großes Vertrauen entgegenbringen. Das wurde uns damals übel genommen, hat sich aber glänzend gerechtfertigt. Redner bespricht die einzelnen Bestimmungen des geplanten Entwurfes. In keiner Weise ist hier Ersatz für die Arbeiterräte geschaffen. Der Entwurf ist den Unternehmern genehmer als den Angestellten und Arbeitern. Das erklärt sich ganz aus der Aufgabe des Reichsarbeitsamts, das die Interessen ausgleichen will, was auf die Wahrung der Unternehmerinteressen hinausläuft. Wie anders es wirken, wenn Janssen als Vertreter der Generalkommission den wirtschaftlichen Aufgabenkreis grundsätzlich als ausreichend ansieht. Das stärkt natürlich die Position der Angestelltenvertreter nicht.

Nach ausgedehnter Diskussion, in der auch der Vertreter des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Wort kam, wurden folgende Entschließungen angenommen:

I. Die Versammelten begrüßen den Zusammenschluß und weisen jeden Versuch der Zersplitterung mit Entrüstung zurück.

II. Die technischen Angestellten und Beamten nehmen mit Entrüstung von der Absicht der Regierung Kenntnis, durch Schaffung sogenannter „Betriebsräte" die bestehenden Angestellten- und Arbeiterausschüsse und Arbeiterräte abzuschaffen, ohne den neuen Betriebsräten entscheidenden Einfluß auf den Gang der Produktion und die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewährleisten. Es werden dann die einzelnen Bestimmungen kritisch beleuchtet und am Schluß heißt es: Die Versammlung ruft die Angestellten an allen Orten Deutschlands auf, den Kampf um die Betriebsdemokratie und das Mitbestimmungsrecht nicht zu erlahmen, bis die Diktatur des industriellen Großkapitals überwunden ist.

In der Versammlung im „Nordischen Hof" hielt Gramm zuerst das Referat über „Die Einheitsorganisation" und schilderte die Entstehung und Entwicklung des „Bundes der technisch-industriellen Beamten" und des „Deutschen Technikerbundes".

Dr. Höfle sprach dann über „Das Mitbestimmungsrecht" und kritisierte den Gesetzentwurf der Regierung. Es müsse gefordert werden, daß die Betriebsräte als gleichberechtigter Faktor neben den Unternehmer anerkannt werden. Ueber die Fragen der Produktion müsse der Arbeitgeber jedoch allein entscheiden; denn er allein habe das Risiko zu tragen. Auf jeden Fall muß aber in allen anderen Fragen der Betriebsrat das Mitbestimmungsrecht haben.

Auch hier wurde die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. Eine andere, ebenfalls einstimmig angenommene Resolution spricht sich für die Einheitsorganisation aus, und warnt die technischen Angestellten vor den Harmonieverbänden.

Die Exekutive des Arbeiterrats Groß-Hamburg für Einberufung eines Betriebsrätekongresses nach Hamburg.

Aus dem Sekretariat des Großen Arbeiterrats in Hamburg wird uns geschrieben:

Am Freitag, den 30. Mai, fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung der Betriebsräte, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse aller Parteien und aller Berufe statt, die zu dem Gesetzentwurf über Betriebsräte Stellung nahmen. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der einmütig schärfster Protest gegen den Gesetzentwurf erhoben und im Interesse des gesamten deutschen Proletariats die Einberufung einer Betriebsräte-Konferenz, in Verbindung mit dem Berliner Zentralrat, nach Hamburg verlangt wird.

Die Exekutive des Arbeiterrats hat sich am Sonnabend, den 31. Mai, auch mit der Angelegenheit befaßt und beschlossen, sich einmütig auf die in der großen Versammlung angenommene Resolution zu stellen und die sofortige Einberufung einer Betriebsrätekonferenz nach Hamburg zu verlangen. Um ein einmütiges Handeln in dieser Sache zu erzielen, hat am Montag, den 2. Juni, im Sekretariat des Arbeiterrats eine Besprechung des Präsidiums des Arbeiterrats mit der Reichskommission, die sich paritätisch aus den drei sozialistischen Parteien zusammensetzt und die aus Mitgliedern der verschiedenen Betriebsräte besteht, stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechung war die Annahme folgender Entschließung:

„Der Arbeiterrat Groß-Hamburg und die Vollversammlung aller Betriebsräte Groß-Hamburgs verlangen unverzüglich die Einberufung eines Betriebsrätekongresses zwecks Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf des Reichswirtschaftsamts über die Betriebsräte. Die Wahlen der Delegierten zum Kongreß sind nach dem Betriebs- resp. Berufsgruppen-Wahlsystem vorzunehmen. Ein einheitliches Wahlverfahren ist sofort bekanntzugeben."

Der Zentralrat ist von der Annahme dieser Entschließung sofort telephonisch in Kenntnis gesetzt worden. Zur persönlichen Rücksprache über die Einberufung des Rätekongresses sind von der Reichskommission die Genossen Emil Kirchner, Paul Büttner und Otto König, sowie von dem Präsidium des Arbeiterrats der zweite Vorsitzende der Exekutive, Vallerstädt, nach Berlin delegiert worden. Die Besprechung der Delegierten mit dem Vorsitzenden des Zentralrates, Cohn, findet bereits am Dienstag, den 3. Juni, in Berlin statt.

Das Ergebnis der Berliner Verhandlungen wird so bald wie möglich den Mitgliedern des Arbeiterrates und der Betriebsräte durch die Presse bekanntgegeben werden.

Achtung! Rohrleger und Helfer!

Vertrauensmänner treffen sich zu einer wichtigen Besprechung am Mittwoch, den 11. Juni, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Die Arbeiterräte. J. A.: Kraatz.

Obleute der Angestellten-Ausschüsse und Vertrauensleute der Möbeleinrichtungsbranche. Um zu dem von den Arbeitgebern in Ausarbeitung befindlichen Tarif Stellung zu nehmen, versammeln sich die Ob. und Vertrauensleute obiger Gruppe Freitag abend um ½8 Uhr im Spatenbräu, Friedrichstr. 172.

Groß-Berlin.

Wie kann die Lage der Notstandsarbeiter gebessert werden?

Uns wird geschrieben: „In Nr. 267 der „Freiheit" wurde die ungünstige Lage der Notstandsarbeiter und die Gründe der Unwirtschaftlichkeit der im Zweckverbande Groß-Berlins in eigener Regie ausgeführten Notstandsarbeiten ausführlich geschildert. Es hat sich wieder gezeigt, daß die behördlichen Verwaltungen bei ihrer jetzigen Organisation nicht in der Lage sind, Arbeiten in eigener Regie unter genügender Berücksichtigung des allgemeinen, wie des Interesses der Kopf- und Handarbeiter auszuführen.

Notstandsarbeiten Unternehmern zu übertragen, ist deshalb unrationell, weil mindestens 10 Prozent der Summe der ausgeführten Arbeiten nur einer Person oder einem kleinen Kreise der an der Unternehmung finanziell Beteiligten zu gute kommt. — Die geeignetste Organisation zur Ausführung von Notstandsarbeiten ist eine aus Kopf- und Handarbeitern bestehende gemeinnützige Genossenschaft.

Diese könnte die Arbeiten unter finanzieller Unterstützung und Kontrolle der Behörden zu festen Preisen, mit Berücksichtigung der tariflich festgesetzten oder ortsüblichen Löhne, jedoch ohne Unternehmergewinn, unter fachmännischer Leitung ausführen. Die durch Fortfall des Unternehmergewinnes ersparten Summen könnten für neue Arbeiten verwendet werden, wodurch eine größere Anzahl Erwerbsloser als bisher Beschäftigung finden würden. — Da als Mitglied der Genossenschaft jeder Kopf- und Handarbeiter für sich arbeitet, ferner das Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen jedem Genossen zusteht und keinerlei Ausbeutungsmöglichkeit vorhanden ist, würde die Arbeitsfreudigkeit sehr gehoben werden und dadurch die Leistungen jedes Arbeiters bedeutend vergrößert. Die Verpflegung und eventl. Unterkunft könnte durch die Genossenschaftsmitglieder selbst geregelt und also jede Lieferverteilung ausgeschaltet werden.

Zur Vertretung der gemeinschaftlichen Interessen und zur Beschaffung von Arbeiten ist bereits unter der Firma „Gemeinnützige Bau- und Betriebsgenossenschaft für Groß-Berlin eingetr. Genossenschaft m. b. H.", Berlin W 35, Blumeschstr. 9, Ecke Lützowstraße (Bureauzeit 9—3 Uhr) von erwerbslosen Kopf- und Handarbeitern aller technischen Berufe eine Genossenschaft gegründet worden und liegt es im Interesse jedes Erwerbslosen, als Mitglied beizutreten. — Der Genossenschaft ist bereits von den sozialistischen Parteien und den Kommunalbehörden tatkräftige Unterstützung zugesagt worden, was eine gedeihliche Entwickelung und dadurch eine baldige Besserung für eine große Anzahl in großer Notlage befindlicher Erwerbslosen erwarten läßt. Nur durch Selbsthilfe können die Erwerbslosen ihre Lage bessern und ist es daher die Pflicht eines jeden Genossen, durch Beitritt zu der Genossenschaft dieser den notwendigen Rückhalt zu verschaffen."

Wir empfehlen den Behörden, von dem hier angegebenen Weg zur Lösung der Notstandsarbeiterfrage Gebrauch zu machen.

Beamtensitten.

Gestern hatte die auf der Tagesordnung stehende Beamtenvorlage ausschließlich städtische Beamte auf die Stadtverordnetentribüne gebracht. Die Art, wie sich diese Leute benahmen, steht einzig in der Geschichte da. Nicht daß wir zimperlich sind, wenn die Tribüne explosiv ihrem Empfinden Ausdruck verleiht, aber das Indianergeheul, das die Besucher der Tribüne anstimmten, wenn ihnen einmal nicht ganz nach dem Munde geredet wurde, spottete aller Beschreibung und viele befragten sich, ob das der Takt ist, den städtische Beamte besitzen. Es wird im Publikum lebhaft Klage geführt über die Behandlung, der in städtischen Bureaus die Besucher ausgesetzt sind und es werden die absprechendsten Urteile gefällt im Gegensatz zu staatlichen Bureaus, in denen das Publikum in den meisten Fällen anständiger behandelt wird. Der Skandal, der gestern von den Beamten auf der Stadtverordnetentribüne aufgeführt wurde, hat ihren Ruf beim Publikum sicher nicht gebessert.

Gegen den Abbau der Zwangswirtschaft.

Der Verband des Deutschen Städtetages hat an den Ernährungsminister und die Reichsgetreidestelle den dringenden Antrag gerichtet, von einer Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung des Hafers abzusehen. Eine solche Aenderung betrachtet er mit Recht als einen weiteren verhängnisvollen Schritt zum Abbau des bisherigen Wirtschaftssystems zu einem Zeitpunkt, in welchem die außerordentlich großen Uebergangsschwierigkeiten das Festhalten an dem System fast noch dringlicher machen als zur Kriegszeit. Der Vorstand des Deutschen Städtetages ist der Ueberzeugung, daß nach Freigabe des Hafers ein sofortiges Emporschnellen der Preise auf die Höhe des Schleichhandelspreises und noch darüber hinaus eintreten wird, wie es sich bei der Freigabe der Eier bereits gezeigt hat. Wie wir hören, steht die Gesamtheit der im Deutschen Städtetag vertretenen Städte hinter dieser Auffassung des Vorstandes. Trotzdem erscheint es uns fraglich, ob der Protest den kapitalistischen Einfluß in den Reichsstellen zurückdrängen wird.

Versammlungsverbote.

„Das Polizeipräsidium ist noch immer genötigt, die Genehmigung an sich unbedenklicher Versammlungen zu versagen, weil die Anzeige nicht mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Versammlung dort eingegangen ist. Da Ausnahmen in keinem Falle zugelassen werden, wird die Oeffentlichkeit nochmals auf die genaueste Innehaltung der Anmeldefrist aufmerksam gemacht."

Dies teilt das Polizeipräsidium, an dessen Spitze Herr Eugen Ernst steht, selbst mit. Also 48 Stunden vorher müssen die Versammlungen angemeldet sein, nicht etwa 45, 46, auch nicht 47½ Stunden! Was hätte Herr Ernst vor fünf Jahren zu solcher Kleinigkeitskrämerei gesagt?

Die Ermordung des Eisenbahnarbeiters Palm.

Wir berichteten in Nr. 262 der „Freiheit" über den brutalen Mord, der auf der Strecke zwischen Kaulsdorf und Biesdorf von einem Regierungssoldaten, von dem Husaren Schulz vom 11. Husarenregiment, an den Eisenbahnarbeiter Otto Palm verübt wurde. Wir erfahren darüber noch folgende Einzelheiten: Der Oberkassistent Ludwig setzte sich mit den Soldaten in Verbindung um den Täter festzustellen; er wurde dabei aber von den Soldaten mit Faustschlägen und Bajonettstößen bearbeitet. Einige Soldaten sagten: „Solche Elemente können noch Tausende sterben, dazu sind wir da!" Zwei Soldaten standen während dieser Szene auf offenem Wagen mit Karabiner im Anschlag.

Bezeichnend ist, daß der Täter, der sich nachher freiwillig meldete und unter Bewachung von einem Offizier und drei Soldaten nach Berlin transportiert worden war, trotz eifriger Nachforschungen in keinem Militärgefängnis in Berlin zu ermitteln war, jedenfalls also nicht abgeführt worden ist. Soll auch in diesem Falle ein Mörder wieder seinen Richtern entzogen werden?

Die Bezirksleitung Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes und der Direktionsbeirat ersucht alle Kollegen, sich recht zahlreich an dem Leichenbegängnis des Ermordeten zu beteiligen. Von Kranzspenden möchten die Kollegen absehen, sondern das dafür bestimmte Geld der Bezirksleitung binnen einer Woche überweisen, damit es der Witwe übergeben werden kann. Tag und Zeit der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

•

Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstatt und Betrieb von Berlin III erheben flammenden Protest gegen die Ermordung des Kollegen Otto Palm in Kaulsdorf durch Regierungstruppen.

Mehr Milch. Der Mehreingang an Milch gestattet es, den Kreis der Kinder, welche Mager- bzw. Buttermilch beziehen, zu erweitern. Es werden ausgegeben: a) blaue mit „II" gezeichnete Magermilchkarten für die Monate Juni bis September an Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. März 1911 geboren sind; b) blaue mit „II" bezeichnete Magermilchkarten nur für die Monate Juli bis September an Kinder, welche in der Zeit vom 1. April 1911 bis 30. Juni 1911 geboren sind. (Diese Kinder sind für Juni bereits im Besitz von Magermilchkarten, die mit „I" bezeichnet sind); c) gelbe durch „III" gekennzeichnete Magermilchkarten für die Monate Juni bis September an Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1909 geboren sind. Die Karten sind in Berlin in der Zeit vom Freitag, den 6., bis Dienstag, den 10. Juni, einschließlich von den zuständigen Brotkommissionen abzuholen. Das Alter des für den Bezug in Betracht kommenden Kindes ist nachzuweisen.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Freitag, den 6. Juni, in den Germania-Buchsälen, Chausseestr. 110, und das darauffolgende am Sonnabend, den 7. Juni, im Beethoven-Saal, Köthener Str. 32 statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr. Eintrittspreis 80 Pfg. Kassenöffnung 7 Uhr. — Die Berliner Gewerkschaftskommission bittet uns, mitzuteilen, daß die Eintrittskarten zu den demnächst stattfindenden Volkskonzerten, mit Ausnahme des 23. und 25. Juni, vergriffen sind. Der Verkauf dieser Karten findet nach wie vor im Zigarrengeschäft von Horsch, Engelufer 15, Vormittags von 9—12 Uhr, nachmittags von 4—6 Uhr statt.

Die Sozialistischen Arbeitsgemeinschaften an der Handelshochschule Berlin protestieren gegen die innerhalb der Hochschule betriebenen Freiwilligenwerbung zum Kampfe gegen Polen. Sie fordert nachdrücklichst die Abberufung des Werbeoffiziers der Garde-Kavallerie-Schützen-Division und wendet sich gegen die beabsichtigte Schließung der Hochschule.

Straßensperrung. Wegen Ausführung von Montagearbeiten am Hochbahn-Viadukt am Halleschen Ufer ist die Ladestraße zwischen Eisenbahnüberführung und Möckernbrücke bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt worden.

Die Versicherungsbetriebe sind laut Tarifvertrag am Sonnabend vor Pfingsten geschlossen. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen bittet das Publikum, dies zu beachten.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Bis Sonntag in den Bezirken der 151., 153., 158., 160. bis 164., 167., 168., 173., 186., 188., 189., 236., 241. und 245. und am Mittwoch in den Bezirken der 148. und 155. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm Käse.

Nowawes. Freitag und Sonnabend von 8—12 Uhr im Rathaus, Zimmer 7, an schwangere Frauen im 5. bis 7. Monat gegen Vorlegung einer ärztlichen oder einer Bescheinigung der Hebamme. 2 Dosen amerikanischer Kondensmilch.

Aus dem Gemeindeleben.

Schöneberg. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung unserem Gen. Wilberg nachträglich für seine Bemerkungen über die Regierungstruppen in der vorigen Sitzung ein Ordnungsruf erteilt. Dann wurde eine Anfrage behandelt, die unsere Fraktionsgenossen über die Anwesenheit von Regierungstruppen während der letzten Sitzung — auf der Journalistentribüne und in den Wandelgängen des Rathauses — gestellt hatten, kritisierte scharf diese Maßnahme und teilte unter anderem mit, daß beim Verlassen des Rathauses nach der letzten Sitzung Stadtverordnete durch Soldaten belästigt und beschimpft worden seien. Oberbürgermeister Dominicus erklärte, daß es sich in diesem Falle nur um Mannschaften der Einwohnerwehr gehandelt habe, die er zur Sicherheit der Versammlung gegen etwaige Störungen beordert habe. (Dabei ist genugsam bekannt, daß die Vorfälle nach der Aufhebung der U. S. P.-Versammlung nur durch die unerhörten Uebergriffe der Regierungstruppen hervorgerufen worden.) Der Oberbürgermeister bedauerte etwaige Ausschreitungen Stadtverordneter und bat zur Untersuchung um Angabe der Namen. Diese sagte Genosse Lossmann zu. Hierauf wurde man sich nach Zustimmung einer Entschließungskommission an die Beamten und Angestellten, dem Hauptpunkte der Tagesordnung, dem Projekt der Müllverbrennungsanstalt, zu. Es ist bekannt, daß dieser Plan seit Jahren die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt hat, aber stets an dem Widerstand der Rechten scheiterte. Die Redner der Rechtssozialisten und Demokraten legten die Vorteile dieser Einrichtung dar, während die rechte, sogenannte „neue Fraktion", die möglichsten und unmöglichsten Einwendungen machte. Die Magistratsvertreter gaben ebenfalls durchaus befürwortende Erklärungen ab. Gen. Stadtrat Dörwald versichert, daß die durch das benachbarte Terrain betroffenen Laubenbesitzer vollwertige Entschädigungen erhalten werden. Nach langer Debatte wird die Vorlage gegen die Stimmen der „neuen Fraktion" angenommen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Eduard Kunst
Brekmesstr. 49, am 30. Mai, der Dreher
Rudolf Lüdecke
am 1. d. M. an Lungenleiden, der Werkzeugmacher
Emil Patschelka
am 3. d. M. an Lungenleiden gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Verein Berlin.
Am 3. Juni starb unser Mitglied, der Polier
August Kindel.
(Bezirk Weißensee)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Juni, nachm. 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt. Der Vorstand.

Nach kurzem, schwerem Leiden, entschlief am 3. Juni meine unvergeßliche Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Emma Schmidt
geb. Wernicke
im 69. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Gustav Alwin Schmidt nebst Kindern.
Frankfurter Allee 1.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, 7. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Neuen Jacobikirchhofs, Mordecaistr., aus statt.

Nachruf.
Am 31. Mai 1919, verstarb nach kurzem Leiden unser langjähriger, ehemaliger Meister
Franz Kaulhaus
Ehre seinem Andenken.
Dies zeigen an
Die Arbeiterschaft des Hüttenwerks Niederschöneweide-A.-G.
Vertreter: J. F. Gimbrere.

Rauchen Sie zu den Feiertagen
noch rechtzeitig Ihren Bedarf an rohem
Nordhäuser Kautabak
solange Vorrat reicht in Rohrs Zigarrengeschäft, Ihnestr. 8.

PIANOS, FLÜGEL neu und gebraucht
Römhildt A.-G., Leipziger Str. 119/120

Buchhandlung
der Verlagsgenossenschaft „Freiheit"
e. G. m. b. H.
Schriften der U. S. P. zum Frieden.
Annehmen oder ablehnen?
Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede.
Mit Beiträgen von K. Kautsky, Gg. E. Graf, C. Hallod, A. Stein, R. Hilferding und H. Haase.
48 Seiten — Preis 50 Pf.
Deutschland nach dem Frieden.
Wirtschaftspolitisches zu den Versailler Bedingungen.
Von Engelbert Graf.
16 Seiten — Preis 30 Pf.
Die Schriften erklären und rechtfertigen den Standpunkt der U. S. P. in der Friedensfrage. Sie geben den Genossen das geistige Rüstzeug im Kampfe gegen die aufkommende nationalistische Flut.
Die Schriften sind durch jede Buchhandlung zu bez. sowie direkt von der Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin SW 68, Schiffbauerdamm 19

Sochen neue Nummer erschienen!
Der Sozialist.
(Früher Sozialistische Auslandspolitik.)
Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid.
Unter ständiger Mitarbeit von:
H. Block, H. Haase, K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.
Abonnement vierteljährlich 5 Mk. Einzelnummer 50 Pf. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Buchhandlung, bei den Spediteuren der Freiheit, oder in der Hauptexpedition derselben, Berlin SW 68, Schiffbauerdamm 19 IV.

Verlangen Sie kostenlos ein Probeheft
Die freie Welt
Illustrierte Wochenschrift der U.S.P.D.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag Berlin SW 68, Schiffbauerdamm 19.

Soeben erschien.
DER GEIST DER NEUEN VOLKSGEMEINSCHAFT
Herausgegeben von der Zentrale für Heimatdienst, mit Aufsätzen von
PETER BEHRENS, W. v. MOELLENDORFF, MAX SCHELER, KASIMIR EDSCHMID, MARTIN RADE, ARNOLD ZWEIG u. a.
Die sozialpolitischen Aufgaben in ihrem wesensgesetzlichen Zusammenhange mit dem kulturpolitischen zu begreifen, ist das Ziel, das sich das Buch gesteckt hat. Es ist ein Leitfaden der neuen Politik und Volkserziehung.
PREIS GEHEFTET 2 MK.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
S. FISCHER VERLAG, BERLIN

Wie ein Wunder beseitigt San.-Rat Dr. Strakis Haussalbe jed. Hautausschlag, Flechte, Hautjucken, bes. Reinschad, Krampfadern der Frauen u. dgl. in Originaldos. Mk. 4.50 u. Mk. 7.50 erhältlich in der Elefanten-Apotheke BERLIN SW 19/324.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Gelegenheitskäufe.
Täglicher Verkauf von Kleidersachen, Vertikos, modernen Küchen, Tischen, Sofas, Bettstellen, Ruhebetten und ganzen Einrichtungen zu billigen Preisen. Goslmann, Danziger Str. 50.

Zuckerersatz (Süßstoff) in Broschen gibt ab zu Privat. Gefl. Zuschriften (Angabe der Adresse genügt) unter 343 Nebenstelle dieses Blattes, Neukölln, Neckarstr. 3.

Möbellackiererei streicht und lackiert Kochenmöbel, Schlafzimmer. Weberstr. 52.

Seifenstein offeriert Drogerie Schönhauser Tor, Ecke Lottumstr.

Nähmaschine 70.—, Kinderwagen wie neu 80.— verkauft Leckert, Hermannstr. 221.

Spezial-Arzt Dr. Scott
Br. Haut-, Harn- und Frauen-Leiden — Salvarsan - Kuren
Urin- und Blutuntersuchungen
In Heil-Anstalt Löser
Rosenthaler Str. 69—70
10—1, 5—8, Sonnt. 10—1
Separates Damen-Wartezimmer.

Brennholz trocken!!
Jetzt beste Zeit zum Eindecken für den Winter, bei 10 Ztr. liefert billigst frei Haus
Schreibers Holzgroßhandlung
Berlin-Reinickendorf-Ost, Waldersseestrasse 23/24.
Fernspr. Reinickendorf 338.

Kaufgesuche

N.G.A.U.G.A.
Kupferdrähte unbeschränkt kaufe in kleinen und größten Posten.
E. Knöpel, Elektromaschinen-Fabrik, Berlin N 58, Hufelandstr. 7.

Kaufe ständig Packleine, Garn, Fußmatte, Stoffe, Schicklers, Oranienkirchplatz 11.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer! Gewindebohrer, Reibahlen, Fräser, Zangen, Winkel, Schraubstöcke, Schmiergeräte, Meßwerkzeuge neue usw. kauft gegen Kasse von 3—7 Uhr, Fridericiner Str. 96, Nähe Friedrichsbahnhof, Jannowitzbrücke, Nähe Stadtbahn, Jannowitzbrücke, gleichfalls Inselbrücke.

Verschiedenes

Dauerwäsche wird angenommen, vorgenommen, verkleinert, Born, Reichenberger Str. 161, Hofhaus 2 Tr.

Achtung! Neue Adresse! Blech- und Emaillegravierer sowie jede Lötarbeit schnell und billig. C. Langel, Neukölln, Ziethenstr. 9, v. 4 Tr.

Großen Erfolg haben selbst die Kleinen Anzeigen in der „Freiheit".